

Wir bekräftigen die Haltung der Regierung zur landeskulturellen Bedeutung des Waldes. Wir sind für die Rückgabe des Bauernwaldes und für die staatliche Hoheit über die Waldnutzung. Wir fordern ein neues Jagdgesetz.

Was das neue Energiekonzept betrifft, so möchten wir mit Nachdruck auf die Notwendigkeit verweisen, landwirtschaftliche Nutzflächen, Dörfer und Siedlungen vor Devastierung durch den Braunkohleabbau zu bewahren. Wo dennoch Devastierungen unabdingbar werden, muß qualitativ guter Ersatz geschaffen werden.

Vermißt haben wir in der Regierungserklärung eine Aussage zu den Bürgerinnen und Bürgern sorbischer Nationalität. Notwendig ist, die Interessen der Sorben zu achten und zu fördern. Das betrifft auch den Gebrauch und die Pflege ihrer Sprache, Kultur und Tradition.

Meine Damen und Herren! Verbreitet sind unter der Bevölkerung Befürchtungen, daß der Übergang zur Marktwirtschaft mit dem Abbau bisheriger Sozialleistungen verbunden sein könnte. Die DBD und der DFD gehören nicht zu jenen, die diese Ängste schüren. Unterbunden werden müssen jedoch alle Versuche, geltendes Recht zu ignorieren oder zu unterlaufen.

Das gilt vor allem im Hinblick auf das Arbeitsgesetzbuch, des gesetzlichen Schutzes von Behinderten, Schwangeren oder anderen Personengruppen. Solche Ungesetzlichkeiten sind nicht nur juristisch, sondern auch moralisch zurückzuweisen.

Für dringend erforderlich hält unsere Fraktion die umgehende Schaffung der ökonomischen Rahmenbedingungen für Kommunen und Betriebe, die es ihnen ermöglichen, auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen Kinderkrippen und -gärten, Schulspeisung und Hort zu erhalten und zu verbessern. Allen Kindern, deren Eltern es wünschen, müssen diese sozialen Leistungen auch weiterhin zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen.

In der Bewahrung dieser sozialen Leistungen sehen wir zugleich entscheidende Bedingungen für eine echte Chancengleichheit von Frau und Mann. Reale rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter ist nur dann zu erreichen, wenn alles, was in diesem Land für Frauen bereits selbstverständlich war, erhalten und verteidigt wird.

Verehrte Abgeordnete! Die Fraktion DBD/DFD unterstützt nachdrücklich die erklärte Absicht der Koalitionsregierung, den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten untrennbar in die Gestaltung eines friedlichen Hauses Europa und in die Abrüstung einzubinden.

Die Zustimmung der Völker unseres Kontinents zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen stellt uns in die Verantwortung, alles zu tun, damit von deutschem Boden niemals eine Bedrohung für andere Staaten ausgeht. Im Sinne der gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen des Hohen Hauses von der 2. Tagung der Volkammer sollte es die wichtigste Aufgabe des außenpolitischen Wirkens dieser Regierung sein, friedliche, gutnachbarliche Beziehungen mit allen Staaten der Welt anzustreben und zu pflegen. Ich danke Ihnen.

(Beifall vor allem bei DBD/DFD, PDS und vereinzelt bei der SPD)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als nächste spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne Marianne Birthler.

Abg. Frau Birthler, Sprecherin von Bündnis 90/Grüne:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, im Namen der Fraktion Bündnis 90/Grüne für diese Regierungserklärung danken zu können. Der Beifall kam aus allen Fraktionen und war, wie jeder spüren konnte, ehrlich. Hervorheben möchte ich, was vor allem den Beifall unserer Fraktion ausgelöst hat. Ihre Rede, Herr Ministerpräsident, zeugt von Besonnenheit und dem Bewußtsein, daß unsere Probleme mit dem Geschick

Europas wie dem aller Länder der Welt aufs engste verflochten sind und daß die vor uns liegenden Aufgaben sowohl der Vergangenheit als auch der Zukunft verpflichtet sind. Besonders wichtig war für mich, daß daran erinnert wurde, daß niemand anders als die Bürger der DDR Auftraggeber der Regierung sind.

(Beifall)

Der Wille zu selbstbewußter Politik im Interesse der DDR-Bürger, das Bewußtsein unserer in der DDR gewachsenen Identität und der Wunsch, gleichberechtigt am europäischen und deutschen Einigungsprozeß teilzunehmen, waren überzeugend. Daß Sie, Herr Ministerpräsident, die Qualität unseres Weges zur Einheit Deutschlands nicht am Tempo und an der Opportunität, sondern an der Bewahrung der Grundwerte der Gesellschaft messen, verdient Hochachtung und wird möglicherweise in den Reihen der Regierungsparteien eher Widerspruch hervorrufen als in der Opposition.

(Beifall bei der Fraktion Bündnis 90/Grüne und bei der PDS-Fraktion)

Die historische Wertung des Umbruchs, seiner Voraussetzungen und Ergebnisse ist differenzierter und genauer als bisherige Äußerungen und Stellungnahmen der Koalition. Auf einige Fragen zur Vergangenheitsbewältigung, die für die Gestaltung der Zukunft von großer Bedeutung sind, komme ich später zurück

Zuvor aber zu dem, was im Moment für viele Menschen vom größtem Interesse ist: jene Fragen, die mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zusammenhängen. Nach wie vor ist unsere Fraktion der Meinung, daß ein Stufenprogramm von Wirtschaftsreformen, Preisreform und Währungsverbund der sozial risikoärmere Weg zur Währungsunion gewesen wäre. Die Bürger der DDR haben sich für die schnelle Währungsunion entschieden. Wieweit dabei eine Rolle spielte, daß sie im Unklaren über manche Konsequenzen gelassen wurden, will ich jetzt nicht thematisieren. In jedem Falle ist diese Entscheidung zu respektieren. Für jene, die politische Verantwortung tragen, heißt das, daß alles getan werden muß, die sozialen Härten dieses Weges zu sehen und - wo immer es geht - abzuschwächen.

Die zu erwartende Zahl der Arbeitslosen, das für längere Zeit bestehende Einkommensgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die sich den bundesrepublikanischen Verhältnissen angleichenden Lebenshaltungskosten erfordern eine starke Verhandlungsposition gegenüber der Bundesregierung. Der Appell an die Bürger der Bundesrepublik wird nichts daran ändern, daß die Bundesregierung Mühe damit hat, ihren Wählern klarzumachen, daß der Einigungsprozeß Geld kostet. In diesem Zusammenhang wäre ein Appell an die Bundesregierung: Sachen Glaubwürdigkeit und Einhaltung der Wahlversprechen sinnvoller gewesen. Dieser findet sich in der Regierungserklärung leider nicht.

Der erste Entwurf zum Staatsvertrag, der von der Bundesregierung ausgearbeitet wurde, spricht eine deutliche Sprache. Hier ist nicht von gleichzeitiger Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die Rede, sondern von Währungsunion einerseits und Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft andererseits. Ich denke, diese andere Formulierung ist kein Zufall. In diesem Papier werden die Rechte der Bundesregierung und die Pflichten der Regierung der DDR geregelt. Hier wird beschrieben, wer das Sagen hat. Ich zitiere:

„Dieser Vertrag, einschließlich der in Ausführung des Vertrages geltenden oder in Kraft zu setzenden Rechtsvorschriften gehen entgegenstehendem Recht, einschließlich Verfassungsrecht der Deutschen Demokratischen Republik, vor.“

Hier wird die unterschiedliche Interessenlage der beiden Regierungen deutlich. Was gedenkt die DDR-Regierung zu tun, wenn die Bedingungen für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion einseitig zum Nachteil der DDR-Bürger festgeschrieben werden sollen, wenn notwendige - für uns notwendige! - Vereinbarungen, Anpassungs- und Übergangsregelungen nicht durchzusetzen sind? Wie soll die Mitwirkung des Parlaments